

# NIEDERSCHRIFT

über die gemeinsame **Einwohnerversammlung der Gemeinden Itzstedt und Nahe**  
am 27. Juni 2017, 19.30 Uhr, im Festzelt auf dem Platz der Generationen neben dem Dörphus „To  
de Nah“

Anwesend: Bürgermeister Holger Fischer, Nahe, als Versammlungsleiter  
Bürgermeister Peter Reese, Itzstedt  
sowie ca. 120 Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden  
Itzstedt und Nahe  
(darunter 11 Mitglieder der Gemeindevertretung Nahe und 3  
Mitglieder der Gemeindevertretung Itzstedt)

Außerdem anwesend: Klaus-Dieter Dehn, Kommunalberater  
Reiner Lietsch - Amt Itzstedt  
Gleichstellungsbeauftragte Frau Schütt  
Amtsangestellter Thorsten Haderup  
- als Protokollführer –  
Amtsauszubildende Denise Lingmann

## Tagesordnung:

Darstellung von Möglichkeiten der gemeindlichen Zusammenarbeit

- Gemeindefusion
- Gebietsreform

Zu der Einwohnerversammlung ist durch Postwurfsendung sowie durch Hinweisbekanntmachung in der Segeberger Zeitung bekanntgegeben worden.

Anregungen zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung werden aus der Versammlung nicht vorgetragen.

Bürgermeister Fischer eröffnet die gemeinsame Einwohnerversammlung der Gemeinden Itzstedt und Nahe. Er begrüßt neben Bürgermeister Peter Reese auch den Kommunalberater Herrn Dehn, die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter aus Itzstedt und Nahe sowie die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden

Der Vortrag von Herrn Dehn wurde bereits im März diesen Jahres vor den Gemeindevertretungen sowie den wählbaren Bürgerinnen und Bürgern gehalten.

Nach dem Vortrag sowie der Diskussion können noch weitere Vorschläge bzw. Anregungen zu gemeindlichen Themen gemacht werden.

Danach übergibt Bürgermeister Fischer das Wort an Herrn Dehn.

Herr Dehn stellt sich zunächst vor und berichtet, dass er häufig Gemeinden in Gebietsfragen unterstützt.

Im heutigen Vortrag geht es um das Verfahren und die Folgen einer möglichen Fusion der Gemeinden Itzstedt und Nahe. Gebietsänderungen können freiwillig oder zwangsweise durch Gesetz erfolgen. In diesem Fall wäre es ein freiwilliger Zusammenschluss.

Zulässig sind Gemeindefusionen immer dann, wenn Gründe des öffentlichen Wohls vorliegen. Diese können sein:

- Schaffung größer Planungsräume
- Anpassung an Landesplanung
- Vereinfachung der Willensbildung durch Wegfall einer Vertretung
- Kosteneinsparungen

Im Fall der Gemeinden Itzstedt und Nahe hat das Land bereits beide Gemeinden zu einem gemeinsamen ländlichen Zentralort erklärt. Auch dieses wäre ein Argument für einen Zusammenschluss. Die Kosteneinsparungen sind nach Meinung von Herrn Dehn überschaubar.

Die Einwohner, Verbände, Vereine und die Wirtschaft sind zu informieren. Auf Nachfrage erläutert Herr Dehn, dass gerade die Einwohnerinnen und Einwohner nicht nur zu beteiligen sind. Vielmehr sollten Sie den Weg mitgestalten.

Die Gemeindevertretungen beider Gemeinden müssen die Aufnahme von Verhandlungen beschließen.

Bei einem positiven Votum beider Gemeindevertretungen ist dieses der Kommunalaufsichtsbehörde mitzuteilen.

Die weiteren amtsangehörigen Gemeinden und das Amt sollten entsprechend informiert werden. Eine Zustimmung ist nicht erforderlich.

In einem Gebietsänderungsvertrag sollte neben der Überleitung des Ortsrechtes (auch Bebauungspläne) auch die Übernahme der Beschäftigten und eine Absichtserklärung zum künftigen Gemeindefusionen aufgenommen werden. Die Entscheidung über einen Gemeindefusionen trifft die künftige Gemeindevertretung.

Bei einer Fusion der beiden Gemeinden würde sich die Zahl von derzeit 2 x 13 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter auf insgesamt 17 verringern. Die Wahl erfolgt für die Restwahlzeit.

Bis zu einer Neuwahl wird ein Beauftragter von der Kommunalaufsichtsbehörde bestellt.

Herr Dehn weist darauf hin, dass die neue Gemeinde mit dann über 5.000 Einwohnern die Möglichkeit hätte, eine/einen hauptamtliche/n Bürgermeister/in wählen zu lassen. Dazu wäre dann noch ein Bürgervorsteher zu wählen.

Die Bildung von Ortsteilen mit Ortsbeiräten wäre ebenfalls möglich.

Ein Zusammenschluss hat keine Auswirkungen auf die Stimmenverteilung im Amtsausschuss. Auch die Amtsumlage würde sich nicht verringern.

Beim Amt könnten Einsparungen durch einen verringerten Sitzungsdienst und der Einsparung eines Haushaltes erfolgen.

Die Rechtshandlungen der Gemeinden sind gebührenfrei. Das Land unterstützt die Fusionen mit einer Prämie von 100.000,- € . Die Kreisumlage sowie die Landeszuweisungen bleiben unverändert.

Die neue Gemeinde bestimmt ihren Namen lt. Herrn Dehn selber. Hier ist es sehr wichtig die Bürger zu beteiligen. Hier wäre die Durchführung eines Bürgerbegehrens möglich.

Aus der Versammlung wird angefragt, ob auch Doppelnamen möglich wären. Dieses ist lt. Herrn Dehn durchaus möglich. Es ist vom Land nicht gewollt, aber mit dem Hinweis auf die Gemeinde Henstedt-Ulzburg wäre dieser Einwand sicherlich schnell beseitigt.

Bei einer beschlossenen Fusion hätte die neue Gemeindevertretung zunächst die Aufgabe die Organisationsentscheidungen zu treffen. Diesem wären der Beschluss einer Hauptsatzung, die Zusammenführung der Haushalte, die Neuordnung des Ortsrechts und die Beschlussfassung über die Hoheitszeichen (Wappen, Flagge).

Die Auswirkungen für die Bürger können ein Identitätsverlust sein. Diesem könnte durch die Bildung von Ortsteilen entgegengewirkt werden. Die Bürger haben einen Aufwand für die Änderung der Anschrift. Die Änderung von Ausweisdokumenten ist kostenlos. Für den sonstigen Aufwand wäre die Bewilligung eines pauschalen Kostenersatzes sinnvoll.

Für Herrn Jacobs beginnt die Identität mit dem Gemeindennamen. Hier schlägt Herr Dehn vor, dass auf jeden Fall die alten Gemeindevertretungen eine Regelung vorschlagen sollten. Bei der Bildung von Ortsteilen könnten die bisherigen Gemeindennamen berücksichtigt werden.

Auch bei der Wahl des Gemeindennamens schlägt Herr Fossemmer die ergebnisoffene Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger vor.

Herr Thran erläutert kurz die Fusion der ehemaligen Gemeinden Sankelmark und Oeverse im Kreis Schleswig-Flensburg. Dort ist aus den Orten die Gemeinde Oeverse gebildet worden.

Herr Fossemmer schlägt vor, dass auf jeden Fall die Straße „Grenzweg“ einen neuen Namen erhalten sollte.

Aus der Versammlung heraus wird gefragt, warum die Gemeinden gerade jetzt den Gedanken einer Fusion aufgenommen haben.

Dazu wird erläutert, dass die Gemeinden sich bereits mehrfach im Gemeinschaftsausschuss damit befasst und nach einer Information der Gemeindevertretungen nun die Bürger über die Möglichkeiten informiert werden sollen.

Herr Karg sieht den Sinn einer Fusion darin, dass die Gemeinde mehr Gewerbeflächen entwickeln kann. Auch hätte die dann größere Gemeinde eine stärkere Stimme.

Auf die Frage nach weiteren Vorteilen antwortet Bürgermeister Fischer, dass die Abläufe gestrafft werden könnten. Nun müssen sich jedes Jahr die Gemeinden auf die Verteilung der überörtlichen Mittel einigen. Weiter haben alle Parteien und Wählergruppen Schwierigkeiten Mitglieder für ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen.

Herr Delfs begrüßt eine Fusion der Gemeinden. Die dann größere Gemeinde sollte über einen S- bzw. U-Bahnanschluss und die Reaktivierung der Bahnlinie nachdenken.

Herr Hidde spricht sich ebenfalls für eine Fusion aus. Die Gemeinden arbeiten schon bei vielen Projekten zusammen. Zu nennen wären da die Schule, das Wasserwerk, der Friedhof und die Abwasserbeseitigung.

Herr Fossemmer spricht sich dafür aus, dass bei diesem Thema offen über Pro und Contra beraten werden sollte.

Herr Thran führt aus, dass eine Menge der Argumente emotionaler Art sein wären. Ein praktischer Vorteil wäre für Eltern von Kindergartenkindern, dass bei einer Fusion der Gemeinden eine größere Auswahl bei den Kindergartenplätzen vorhanden wäre. Jetzt verhindert die Kostenbeteiligung der Gemeinden möglicherweise einen Wunsch nach einem bestimmten Kindergartenplatz. Den Aufwand hält Herr Thran für relativ gering.

Bürgermeister Fischer dankt Herrn Dehn für die Ausführungen.

Die Präsentation wird auf den Internetseiten der Gemeinden Itzstedt und Nahe zur Verfügung gestellt.

Bürgermeister Fischer erläutert zu den Verhandlungen zu einem gemeinsamen Bauhof noch, dass bisher keine Einigung gefunden worden ist. Die Beratungen werden weitergeführt.

Der Bürgermeister bedankt sich bei den Anwesenden für das Interesse und schließt die Versammlung um 20.48 Uhr.

Thorsten Haderup  
Protokollführer